

Mitgliederstagnation

Am 30. September 1958 hatten die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaften insgesamt 6 331 735 Mitglieder. Das waren 7,1 vH mehr als 1951. Die feststellbare Zunahme ist erfreulich. Dennoch sollte sich jeder dessen bewußt sein, daß die Mitgliederbewegung besorgniserregend ist.

Der Zunahme der DGB-Mitglieder von 7,1 vH steht eine Zunahme aller Arbeitnehmer von 22,8 vH und eine Zunahme anderer Arbeitnehmerorganisationen (DAG, DHV, Beamtenbünde usw.) von 117,3 vH gegenüber. 1951 waren noch 34,6 vH aller Arbeitnehmer DGB-Mitglied und nur 3,4 vH gehörten zu anderen Verbänden. Wenn man berücksichtigt, daß sich unter den DGB-Mitgliedern etwa 250 000 Rentner befinden, dann ergibt sich, daß von den am 30. September 1958 in der Bundesrepublik (einschließlich West-Berlin und Saar) lebenden 20 972 817 Arbeitnehmern nur noch 29 vH zum DGB, aber mindestens 6 vH zu anderen Verbänden gehörten, während 65 vH nicht organisiert waren.

Wenn man unterstellt, daß bis 1965 die Zahl der Beschäftigten in gleicher Weise zunimmt wie zwischen 1951 und 1958 und wenn ferner die gewerkschaftliche Mitgliederwerbung mit den keinesfalls unbeachtlichen Anstrengungen der letzten Jahre weitergeführt würde, dann ergäbe sich folgendes Bild: 1965 = 25,755 Mill. Arbeitnehmer, davon 6,511 Mill. DGB (= 25,3 vH), sofern die Rentner unberücksichtigt bleiben; andere Verbände 2,729 Mill. (= 10,6 vH); nicht organisiert 16,515 Mill. (= 64,1 vH). Überträgt man die gleichen Verhältnisse auf die darauf folgenden sieben Jahre, so ergeben sich für 1972 folgende Ziffern: Zahl der Arbeitnehmer 31,627 Mill., davon DGB 6,973 Mill. (= 22,1 vH), sofern die Rentner unberücksichtigt bleiben; andere Verbände 5,930 Mill. (= 18,7 vH); nicht organisierte 18,724 Mill. (= 59,2 vH). Niemand tröste sich mit der Zunahme der insgesamt organisierten Arbeitnehmer. Jedermann weiß, wes Geistes Kind mindestens ein Teil der nicht zum DGB gehörenden Verbände sind! Auch der Umstand, daß mit einiger Wahrscheinlichkeit bis 1965 bzw. bis 1972 mit einer geringeren Zunahme der Arbeitnehmer zu rechnen ist als im Zeitraum 1951 bis 1958, sollte niemand zum vorzeitigen Abwinken verführen. Denn die wegen technischer Fortschritte, Konzentration, gleichzeitiger Dezentralisierung, zunehmender nichtmanueller Tätigkeit und Frauenbeschäftigung wachsenden Schwierigkeiten der Gewinnung von Mitgliedern in den traditionellen Bereichen des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurden bei der Berechnung nicht berücksichtigt.

Ursachen der Stagnation

Die Ursachen der Mitgliederstagnation sind verschiedener Art. Ein wichtiger Grund scheint in der zunehmenden Bedeutung der nichtmanuellen Beschäftigung zu liegen. Ein großer Teil der Angestellten und Beamten hat schon immer die Neigung gezeigt, sich entweder keiner Gewerkschaft anzuschließen oder einer Organisation mit „Standes“-Charakter den Vorzug zu geben. Es ist daher wenig überraschend, daß die Konkurrenzorganisationen des DGB vorwiegend im Angestellten- und Beamtenbereich zu finden sind. Die zahlenmäßige Bedeutung und Entwicklung der nichtmanuellen Arbeitnehmergruppe läßt sich an folgenden Ziffern erkennen: 1910 entfielen im Gebiet des damaligen Deutschen Reiches auf einen Angestellten bzw. Beamten noch 4,6 Arbeiter, 1958 in der Bundesrepublik dagegen nur noch 2,3. Der Anteil der Angestellten und Beamten an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer betrug 1910 noch 17,7 vH, stieg 1933 auf 25,8 vH, 1950 auf 28,2 vH und erreichte 1958 30,0 vH. In den USA halben die nichtmanuellen Arbeit-

nehmer kürzlich die 50-vH-Grenze überschritten und es besteht aller Anlaß zu erwarten, daß in der Bundesrepublik eine ähnliche Entwicklung erfolgen wird.

Eine andere Arbeitnehmergruppe mit ebenfalls geringerer Neigung, Gewerkschaftsmitglieder zu werden, sind die Frauen. Ihre zahlenmäßige Bedeutung nimmt ebenfalls laufend zu. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer stieg von 28,2 vH im Jahre 1938 auf 30,6 vH 1950 und schließlich auf 33,9 vH 1958. Die weiblichen Arbeitnehmer wuchsen von 4,499 Mill. im Jahre 1951 auf 6,572 Mill. 1958. Die Zahl der weiblichen DGB-Mitglieder stieg dagegen nur von 1,011 auf 1,090 Mill. Während die Zunahme bei den berufstätigen Frauen 46 vH betrug, erhöhte sich die Zahl der weiblichen DGB-Mitglieder nur um 7,7 vH. — 1951 waren 22,5 vH aller weiblichen Arbeitnehmer DGB-Mitglied, 1958 waren es nur noch 16,6 vH. Auch in Zukunft dürfte die Zahl der berufstätigen Frauen noch beträchtlich anwachsen. Fünf-Tage-Woche, weitere Fortschritte in der Arbeitszeitverkürzung und der Wunsch nach dem Besitz dauerhafter Konsumgüter (Eigenheim, Auto, Kühlschrank, Fernsehgerät usw.) erhöhen zweifellos die Bereitschaft der Frauen — auch der verheirateten — zur beruflichen Tätigkeit.

Aber nicht nur im Bereich der Arbeitnehmer sind Strukturveränderungen erkennbar, die sich auf die Stärke und Kampfbereitschaft der Gewerkschaften nachteilig auswirken. Ähnliches gilt auch für das Unternehmerlager. Dort haben die in den vergangenen Jahren vollzogenen und sich noch immer vollziehenden Konzentrationsbewegungen erhebliche Machtverschiebungen zugunsten weniger Großkonzerne und Großbanken bewirkt. Diese Entwicklung wird auch dann noch weitergehen, wenn sie durch die Bundesregierung eines Tages nicht mehr gefördert werden sollte, weil die moderne Technik (Automation und Atomreaktorbau) die Konzentration der Produktionsmittel sowohl aus technischen wie aus absatzpolitischen Gründen unumgänglich macht. Den Unternehmern wird es dadurch u. a. möglich, sowohl durch Kapitalbeteiligungen wie durch die Vergabe von Reklameanzeigen eine immer umfassendere Kontrolle über die Kommunikationsmittel (Presse, Film, Funk) auszuüben. Es fällt ihnen deshalb zunehmend leichter, die sogenannte öffentliche Meinung gegen die Gewerkschaften zu mobilisieren, und den Gewerkschaften selbst fällt es entsprechend schwerer, Öffentlichkeit und auch Mitglieder über ihre tatsächlichen Ziele und Anstrengungen zu unterrichten.

Die moderne Technik erzwingt aber nicht nur Groß- und Superkonzerne, sondern ermöglicht gleichzeitig neue Formen von lebensfähigen Klein- und Kleinstbetrieben. Die Automatisierung der Zubehöriindustrie, die immer stärker expandierende Kunststoffverarbeitung und die Verwendung radioaktiver Isotope vollziehen sich sehr häufig in Betrieben mit hohem Kapitalaufwand und geringer Beschäftigtenzahl. Mögen sich solche Unternehmen auch in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von Konzernen befinden, für die Werbepolitik der Gewerkschaften bleiben sie kleine Einheiten, die wegen ihres mehr oder weniger patriarchalischen Betriebsklimas relativ schwer organisierbar sind.

Die größte Bedeutung aber kommt dem Klein- und Kleinstbetrieb jedoch innerhalb des immer größer werdenden Bereiches des sogenannten „dritten“ Sektors (Verkehr, öffentlicher Dienst, Dienstleistungen, Handel, Banken, Versicherungen) zu, der 1958 bereits 38 vH aller Arbeitnehmer erfaßte. Die sicherste Position hat der Klein- und Kleinstbetrieb bei den Dienstleistungen im engeren Sinne (Gaststätten, Hotels usw.) und Handel, Banken, Versicherungen, wo sich die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer zwischen 1951 und 1958 von 2,456 auf 4,099 Mill. oder um 66,9 vH erhöhte. In diesem Bereich ist die Gewinnung von Mitgliedern nicht nur aus den spezifischen Verhältnissen des Kleinbetriebes heraus schwierig. Eine zusätzliche Erschwernis ergibt sich aus dem Umstand, daß die Arbeitnehmer nicht nur vorwiegend Angestellte, sondern auch zu einem hohen Prozentsatz Frauen sind, was zugleich den schlechten Organisationsstand vieler Großbetriebe des Handels, der Banken und der Versicherungen erklärt.

Mitgliederfluktuation

Vieles spricht dafür, daß es leichter ist, einen Arbeitnehmer zu bewegen, Gewerkschaftsmitglied zu werden, als ihn zu veranlassen, seiner Gewerkschaft auch treu zu bleiben. Anderenfalls wäre es kaum erklärbar, daß den immer wieder so erfreulich hohen Zahlen von Neuaufnahmen so erschreckend hohe Zahlen von Abgängen gegenüberstehen. Ein erheblicher Teil dieser Mitgliederfluktuation geht zu Lasten von Betriebs- und Branchenwechsel. Wenn nicht alles täuscht, wird gerade diese Gelegenheit gern benutzt, um die Mitgliedschaft einschlafen zu lassen. Falls aber bei einem Teil der Arbeitnehmer die Neigung besteht, ihre Mitgliedschaft aufzugeben bzw. gar nicht erst Mitglied zu werden, so besteht aller Anlaß, darüber nachzudenken, ob bestimmte Arbeitnehmergruppen vielleicht mit ihrer Gewerkschaft unzufrieden sind.

Von interessierter Seite wird viel Geld dafür ausgegeben, um nachzuweisen, daß die Mitgliederstagnation als eine Art Protest der Arbeitnehmer gegen die politische Aktivität der Gewerkschaften zu verstehen sei. In der Realität dürften sich wenig Anhaltspunkte dafür finden, um diese Behauptung zu beweisen. Manches spricht dafür, daß der Grad der politischen Aktivität einer Gewerkschaft für ihren Mitgliederstand, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die Mitgliederzahlen der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben sich zwischen 1951 und 1958 sehr unterschiedlich entwickelt. Ebenfalls unterschiedlich war auch die politische Aktivität der einzelnen Verbände. Zwischen Mitgliederbewegung und politischer Aktivität aber eine Korrelation herstellen zu wollen, ist auf Grund der ausreichend vorhandenen statistischen Daten nicht möglich. Es hat sogar den Anschein, als ob spezifisch gewerkschaftliche Erfolge, wie Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw., auf die Mitgliederbewegung nicht jenen Einfluß haben, den man erwarten sollte. Unter diesen Umständen muß das bei manchen Arbeitnehmern gegenüber den Gewerkschaften offenbar vorhandene Unbehagen andere Ursachen haben.

Es gibt stark interessierte und daher aktive Gewerkschafter, und es gibt weniger interessierte bzw. weniger aktive Arbeitnehmer. Die letzteren sind den ersteren zahlenmäßig stark überlegen. Die Gewerkschaften kümmern sich möglicherweise zuwenig um die passiveren Arbeitnehmer. Für die aktiven Gewerkschafter wird alles getan, was erforderlich ist. Sie erhalten gute Zeitschriften und Zeitungen, ihnen werden interessante Veranstaltungen, Schulungen, Tagungen usw. geboten. Die passiveren Arbeitnehmer haben aber vielleicht das Gefühl, ihr Hauptzweck wäre, Beitrag zu bezahlen. Sie haben zwar grundsätzlich die gleichen Möglichkeiten wie ihre aktiven Kollegen. Die letzteren sind ihnen — nicht zu Unrecht — böse, wenn sie Gewerkschaftszeitungen als langweilig bezeichnen oder Versammlungen bzw. Schulungsveranstaltungen nicht besuchen. Die aktiven Gewerkschafter übersehen aber, daß die viel gescholtenen passiven Kollegen ganz andere Bedürfnisse haben.

Wer die Zusammenhänge unserer kompliziert gewordenen Gesellschaft erkennen will, muß viel Mühe und Zeit aufbringen. Sich einer solch anstrengenden zusätzlichen Tätigkeit freiwillig auszusetzen, ist aber nicht jedermanns Sache und kann es auch nicht sein. Wer die Nervenmühen der modernen Fabriken und Büros verlassen hat, ist zu solcher Geistesarbeit im allgemeinen nicht mehr fähig, zumal ihn vielleicht Sport, Briefmarken, Gesang oder Motorrad viel stärker interessieren als komplizierte politische, ökonomische oder sozialpolitische Diskussionen. Überdies sind die Angebote der modernen Kulturindustrie und der psychologische Druck der Reklame so verführerisch, daß, vor die Entscheidung gestellt, eine Fernsehshow zu konsumieren oder in einer Gewerkschaftsversammlung über die Ungerechtigkeiten dieser Welt zu meditieren, er ohne Bedenken das erstere wählt.

Um die Situation des passiven Arbeitnehmers voll zu verstehen, müssen noch andere Gesichtspunkte erwähnt werden. Die durch Mechanisierung und Automatisierung immer

häufiger werdende Isolierung der Arbeitsplätze nimmt vielen Arbeitnehmern die Möglichkeit, Solidarität im echten Sinne zu erleben. Selbst dort, wo Solidarität am ausgeprägtesten erlebt wird, am Fließband, verhindern die immer kürzer werdenden Taktzeiten eine Bewußtseinsbildung des Arbeiters im traditionellen Sinne, weil für den Meinungsaustausch mit den Fließbandkollegen zuwenig Zeit verbleibt. Die Verlängerung der Freizeit durch Verkürzung der Arbeitszeit vergrößert außerdem jene Zeitspanne, in der die Unternehmer durch ihre „Kultur“- und Kommunikationsindustrie den Arbeitnehmer nahezu uneingeschränkt beeinflussen und manipulieren können.

Mangelndes Klassenbewußtsein?

Klassengegensätze sind zunächst soziologische Kategorien. Ihre politische Wirksamkeit ist davon abhängig, wieweit sie von dem Betroffenen als Realität erlebt werden. Die aktiven Gewerkschafter empfinden sich zweifellos als Teil einer unterdrückten Klasse. Der passive Arbeitnehmer hat dagegen lediglich die unbestimmte Vorstellung, zum unteren Teil der gesellschaftlichen Hierarchie zu gehören; er vermag aber offenbar nicht, diesen Umstand bewußtseinsmäßig zu verarbeiten. Er läßt vielmehr nichts unversucht, um sich der Illusion hinzugeben, es sei doch nicht so schlimm, wie es in Wirklichkeit ist. Kulturindustrie, reklamedifferenzierter Konsum, Hoffnung auf Beförderung oder auf Übernahme ins Angestelltenverhältnis und Hoffnung auf den sozialen Aufstieg der Kinder bieten dafür reichlich Gelegenheit. Schon der Besitz eines Eisschranks, das Trinken einer Flasche Sekt oder der Konsum von 10-Pfennig-Zigaretten sind geeignet, die Illusion zu vermitteln, wenigstens teilweise die Lebensgewohnheiten der besitzenden Schichten angenommen zu haben und sich deshalb im Aufstieg zu befinden.

Vernachlässigt die Gewerkschaft einen Teil der Arbeitnehmer?

Der passive Arbeiter befindet sich in einer Situation, die man als eine Mischung von Unsicherheit, Hoffnungen, Zweifel und Illusionen bezeichnen kann. Im Grunde genommen braucht und will er die Hilfe der Gewerkschaft. Aber eben die Gewerkschaft kümmert sich nicht genug um ihn. Sie verlangt nicht nur Geld, sondern erwartet auch eine Denkarbeit, die weder Hans im Bild, Romy Schneider noch Heinz Pohlmann bei ihm voraussetzen. Die Gewerkschaft schließt überdies häufig Tarifverträge ab, denen er verständnislos gegenübersteht, weil es in seinem Betrieb doch anders gemacht wird. Sie veranstaltet nichts oder wenig, was ihm richtiges Vergnügen bereitet, sie sagt ihm oft nicht einmal deutlich genug, von wem sie geführt wird und welche Vorteile es tatsächlich mit sich bringt, Gewerkschaftsmitglied zu sein. Die Gewerkschaftspresse wird nämlich — von Ausnahmen abgesehen — für die aktiven Mitglieder gemacht, die das alles wissen, nicht aber für die Masse der passiveren Mitglieder und schon gar nicht für deren — gewerkschaftspolitisch sehr wichtige — Familienmitglieder. Es ist hinreichend bekannt, daß nur ein kleiner Teil der Gewerkschaftsmitglieder den Namen ihres Verbandsvorsitzenden nennen kann und völlig unzureichende Vorstellungen von gewerkschaftlichen Leistungen und Erfolgen hat. Die fast durchweg übliche Beitragsunehrlichkeit scheint ein Hinweis auf das offenbar gering entwickelte Gefühl zu sein, für den Beitrag in irgendeiner Form eine Gegenleistung zu erhalten. Ist doch die Vorstellung weitverbreitet, die Gewerkschaftszeitungen seien die teuersten Zeitungen überhaupt, weil man für jede Nummer ein bis zwei Stundenlöhne bezahlen müsse.

Aktion Vertrauenskörper reicht nicht aus

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren zweifellos große Anstrengungen unternommen, um die Mitgliederstagnation zu meistern. Diesen Aktionen sind zum Teil beachtliche Erfolge beschieden gewesen. Insbesondere wurde versucht, die spezifischen Interessen

bestimmter Arbeitnehmergruppen anzusprechen, wie z. B. Angestellte, Handwerk, Jugend oder Frauen. Der größte Erfolg war zweifellos dem Aufbau der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper beschieden. Dieses wichtigste Instrument gewerkschaftlicher Politik sollte auch weiterhin im Vordergrund aller Bemühungen stehen. Darüber darf allerdings nicht vergessen werden, daß es offenbar nicht allein genügt, aktionsfähige Vertrauenskörper zu haben. Denn die Vertrauenskörper bestehen eben nur aus jenem Teil der Arbeitnehmer, der als aktiv und klassenbewußt anzusprechen ist. Wenn die Vertrauenskörper ihrer wichtigen Aufgabe gerecht werden sollen, dürfen sie nicht nur auf das individuelle Vertrauensverhältnis angewiesen sein, welches sie mit den von ihnen betreuten — meistens passiveren — Kollegen verbindet. Es sollten daher Mittel und Wege gesucht werden, um eine engere gefühlsmäßige Bindung des passiven Arbeitnehmers an seine Gewerkschaft als Organisation herzustellen.

Der beste Weg scheint in dem Eindringen in die Freizeitgestaltung zu liegen, in jenen Bereich also, dessen Lenkung bisher vorwiegend den Unternehmern überlassen blieb. Starke Förderung der Neigungsgruppen und verstärkte Durchführung von Film- und Hausfrauenveranstaltungen, Ausflügen, Kameradschaftsabenden, Unterhaltungsveranstaltungen usw. können hier als wenige der insgesamt denkbaren Beispiele genannt werden. Dabei sollte immer streng auf eine Kostenbeteiligung der Teilnehmer geachtet werden, nicht nur um mit den vorhandenen finanziellen Mitteln möglichst sparsam umzugehen, sondern auch um ein gesundes Verhältnis zum Wert des Gebotenen zu erhalten. Insbesondere müßte jede Diskriminierung solcher Arbeitnehmer aufhören, die nur unterhaltsame Veranstaltungen besuchen, sich aber vor Versammlungen u. dgl. drücken. Ist es nicht besser, ihnen auf diese Weise das Gefühl gewerkschaftlicher Gemeinschaft zu vermitteln, als vielleicht gar nicht? Außerdem ist es relativ einfach, Arbeitnehmer für aktive Arbeit zu gewinnen, wenn sie bei geselligen Veranstaltungen ein freundschaftliches Verhältnis zu den anderen Kollegen gewonnen haben.

Alle diese Vorschläge sind nicht neu. Sie werden sogar in vielen Organisationsbereichen praktiziert, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg und vor allem mit unterschiedlicher Intensität. Wer jedoch weder auf die Beitragszahlungen der passiveren Arbeitnehmer verzichten noch sie auf immer als aktive Gewerkschafter vermissen will, muß sich in *der* Weise um die Masse der Arbeitnehmer bemühen, die ihrem Wesen entspricht. Vor 1933 hatten die Arbeitersport- und -gesangvereine einen Teil dieser Aufgabe erfolgreich übernommen. Es ist ein nur sehr schwer wiedergutzumachender Fehler, daß die Gewerkschaften nach 1945 auf ihre Wiederbelebung verzichteten. Sehr zweckmäßig wäre es, darüber nachzudenken, wie sich der Arbeitersport und -gesang unter den inzwischen veränderten Bedingungen neu beleben läßt. Das ist um so wichtiger, weil in einigen Teilen der Bundesrepublik der Betriebssport durch die Unternehmer mit viel Geschick und Erfolg und zweifellos zum Nachteil der Gewerkschaften aufgezogen wurde.

Gewerkschaftspresse

Die Kommunikation mit den Mitgliedern läßt sich noch ganz erheblich verbessern. Es sollte grundsätzlich zwischen Publikationen für aktive und zwischen solchen für passive Gewerkschaftsmitglieder unterschieden werden. Die durchweg ausgezeichneten Funktionszeitschriften erfüllen ihren Zweck, die aktiven Mitglieder zu unterrichten und anzuregen, in angemessener Weise. Anders verhält es sich dagegen mit manchen Gewerkschaftszeitungen, die kostenlos an jedes Mitglied verteilt werden. Sie sollten ausschließlich für den passiveren Kollegen und dessen Familie gemacht werden und immer wieder auf gewerkschaftliche Erfolge, auf gewerkschaftliche Forderungen und auf die spezifischen Vorteile der Gewerkschaftsmitgliedschaft hinweisen. Das Qualitätskriterium sollte sich nach dem erzielten Effekt richten. Nur dann, wenn 50 vH der Artikel noch von den nicht berufstätigen Ehefrauen der Mitglieder gelesen werden, aber auch nur dann, sind sie

richtig gemacht. Wird dagegen eine solche Zeitung nur von den aktiven Gewerkschaftern gelesen, dann ist sie trotz ihres vielleicht erstklassigen Niveaus eine Fehlinvestition. Neben den Verbandszeitungen und -Zeitschriften brauchen die Gewerkschaften jedoch auch Zeitungen, Boulevardblätter und Illustrierte, die nicht notwendigerweise als gewerkschaftseigen erkennbar zu sein brauchen, bei denen jedoch sichergestellt ist, daß sie die Anliegen der Arbeitnehmer in der gleichen Weise in den Vordergrund stellen, wie das privatkapitalistische Publikationen mit den Unternehmerinteressen tun. Nur so ist es möglich, den vorwiegend antigewerkschaftlich eingestellten Kommunikationsmitteln, die den Arbeitnehmer täglich mit falschen oder einseitigen Informationen zudecken, wenigstens etwas entgegenzusetzen. Der Effekt auch der besten Verbandszeitung kann nur der eines Tropfens auf einen heißen Stein sein, weil sie nur vierzehntäglich erscheint.

Koordinierte Massenwerbung von Mitgliedern

Schließlich ist zu überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, alle sechs Monate — gegebenenfalls auch nur einmal im Jahr — eine vierwöchige koordinierte Werbeaktion aller im DGB vereinigten Gewerkschaften durchzuführen, die freilich jeweils sorgfältig und langfristig geplant werden müßte. Die bisher üblichen Aktionen einzelner Gewerkschaften könnten sicherlich noch erfolgreicher gestaltet werden, wenn es gelänge, unter Einsatz modernster Werbemittel (Zeichentrickfilm, Plakat, Anzeige, Funkwerbung), durch gehäufte Veranstaltungen aller Art (Großkundgebungen, Sport, Einsatz aller Neigungsgruppen, Filme, Preisausschreiben, Ausstellungen usw.) und durch intensive Bearbeitung aller Betriebe eine allgemeine Bewegung in die Arbeitnehmerschaft zu bringen. Solche Aktionen wären freilich mit hohen Kosten verbunden. Würden jedoch jedes Jahr 25 Mill. DM für diesen Zweck ausgegeben, so könnte bereits durch einen Mitgliederzuwachs von nur 500 000 das jährliche Beitragsaufkommen um mindestens den gleichen Betrag erhöht werden. Da zur Zeit noch 65 vH aller Arbeitnehmer nicht organisiert sind, ist eine Kalkulation in solchen Größenordnungen durchaus berechtigt. In einem so hochindustrialisierten Land wie Schweden sind immerhin 90 vH aller Arbeitnehmer organisiert! Darüber hinaus wäre es möglich, durch die Koordinierung der Mitgliederwerbung aller Gewerkschaften jene Arbeitnehmergruppen besonders intensiv anzusprechen (Frauen, Angestellte, Handwerk, Dienstleistungen), wo die zuständigen Gewerkschaften wegen ihrer beschränkten Mittel allein nicht in gleicher Weise zum Zuge kommen können. Allerdings sollte niemals vergessen werden, daß es nicht nur darauf ankommt, neue Mitglieder zu gewinnen, sondern vor allem, sie der Organisation zu erhalten.

Die Überwindung der Mitgliederstagnation ist ein entscheidender Faktor für die Zukunft der Gewerkschaften. Die Ziele und Forderungen der Gewerkschaften können nur dann realisiert werden, wenn sie von der breiten Masse der Arbeitnehmer unterstützt werden. Solange unter 100 Arbeitnehmern nur 29 DGB-Mitglieder sind, besteht dagegen wenig Aussicht auf Verwirklichung jener Punkte des Aktionsprogramms und des Münchner Grundsatzprogramms, die sich nicht unmittelbar auf den Arbeitsplatz beziehen. Die Gewerkschaften brauchen nicht weicher zu werden, sie können und müssen härter und politisch aktiver werden. Voraussetzung ist jedoch, daß sie einen Weg finden, ihre Mitgliederzahlen erheblich zu erhöhen.